

Flüchtlingsaktivisten fordern Aufnahmeprogramm

200 nach Marburg, 1500 nach Hessen: Das will eine Marburger Initiative

VON BJÖRN WISKER

MARBURG. Die Initiative „200 nach Marburg“ lässt mit ihrer Forderung, dass das Land Hessen ein dauerhaftes Landesaufnahmeprogramm auflegt, nicht locker. Um zu ermöglichen, dass etwa die Universitätsstadt freiwillig Hunderte Flüchtlinge von griechischen Inseln aufnimmt, verlangen die Aktivistinnen Karin Schwalm und Marita Gabrian bei einer Demo in Wiesbaden eine entsprechende überregionale gesetzliche Regelung. So sollten jährlich mindestens 1500 Flüchtlinge, speziell Kinder und aus Seerettete Menschen sowie Familienangehörige von bereits im Land lebenden nach Hessen kommen. Den Königsteiner Schlüssel, der die innerdeutsche Flüchtlingsver-

teilung quotiert regelt, will man seitens der Initiative so flexibilisiert wissen.

Für die hessischen Landtagsabgeordneten gelte es, „mutig Menschlichkeit in den Vordergrund zu stellen“, sagte Schwalm bei der Demo, die von Dutzenden Organisationen wie etwa der „Seebrücke“ unterstützt wurde. Ein Aufnahmeprogramm ist von der Landesregierung eigentlich bereits im Dezember 2018 auf den Weg gebracht worden – beraten und beschlossen worden ist es bis heute nicht.

Doch wenn angesichts von Millionen Flüchtlingen weltweit, von Zehntausenden alleine in griechischen Lagern wie Camp Moria auf Lesbos, Hessen und ganz Deutschland gerade mal ein paar Dutzend Minderjährige aufnehmen, sei dies noch nicht einmal der

Tropfen auf den heißen Stein, sondern etwas, worüber man sich nur noch schämen kann, sagt Schwalm bei der Protestkundgebung.

Gerade Deutschland liefe

re durch Rüstungsexporte die Gründe für Flucht und Vertreibung und wolle dann von flüchtenden Menschen nichts wissen. „Es ist eine Schande“, sagt Schwalm. Die Initiative



Karin Schwalm (links) und Marita Gabrian von der Marburger Flüchtlingsinitiative „200 nach Marburg“ sprachen bei einer Demonstration in Wiesbaden.

PRIVATFOTO

„200 nach Marburg“ verlangt seit der Schließung der Cap-peler Erstaufnahmeeinrichtung und mit Blick auf die Flüchtlingssituation speziell auf griechischen Inseln, dass die Kommune freiwillig Flüchtlinge aufnimmt.

Einen entsprechenden Stadtparlamentsbeschluss gibt es seit rund vier Jahren, fast ebenso lang gibt es ein Gerangel um Zuständigkeiten, Briefwechsel etwa mit Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU). Ergebnis: Stillstand. Schon zu Beginn der Corona-Pandemie im März und der damals von Behörden noch höher eingeschätzten Ansteckungs- und Todesgefahr forderten Schwalm und Gabrian, die Zehntausenden Flüchtlinge dort zu evakuieren und einige in Deutschland aufzunehmen.

Oberhessische Presse vom 09.07.2020